

**ALLRECHT**

Rechtsschutzversicherung AG

40211 Düsseldorf

---

Geschäftsbericht  
über das  
32. Geschäftsjahr 2005

---

---

**Allrecht**

Rechtsschutzversicherung AG

Liesegangstraße 15 · D-40211 Düsseldorf

Telefon (02 11) 90 89 90 · Telefax (02 11) 90 89 977

**ALLRECHT**

Rechtsschutzversicherung AG

40211 Düsseldorf

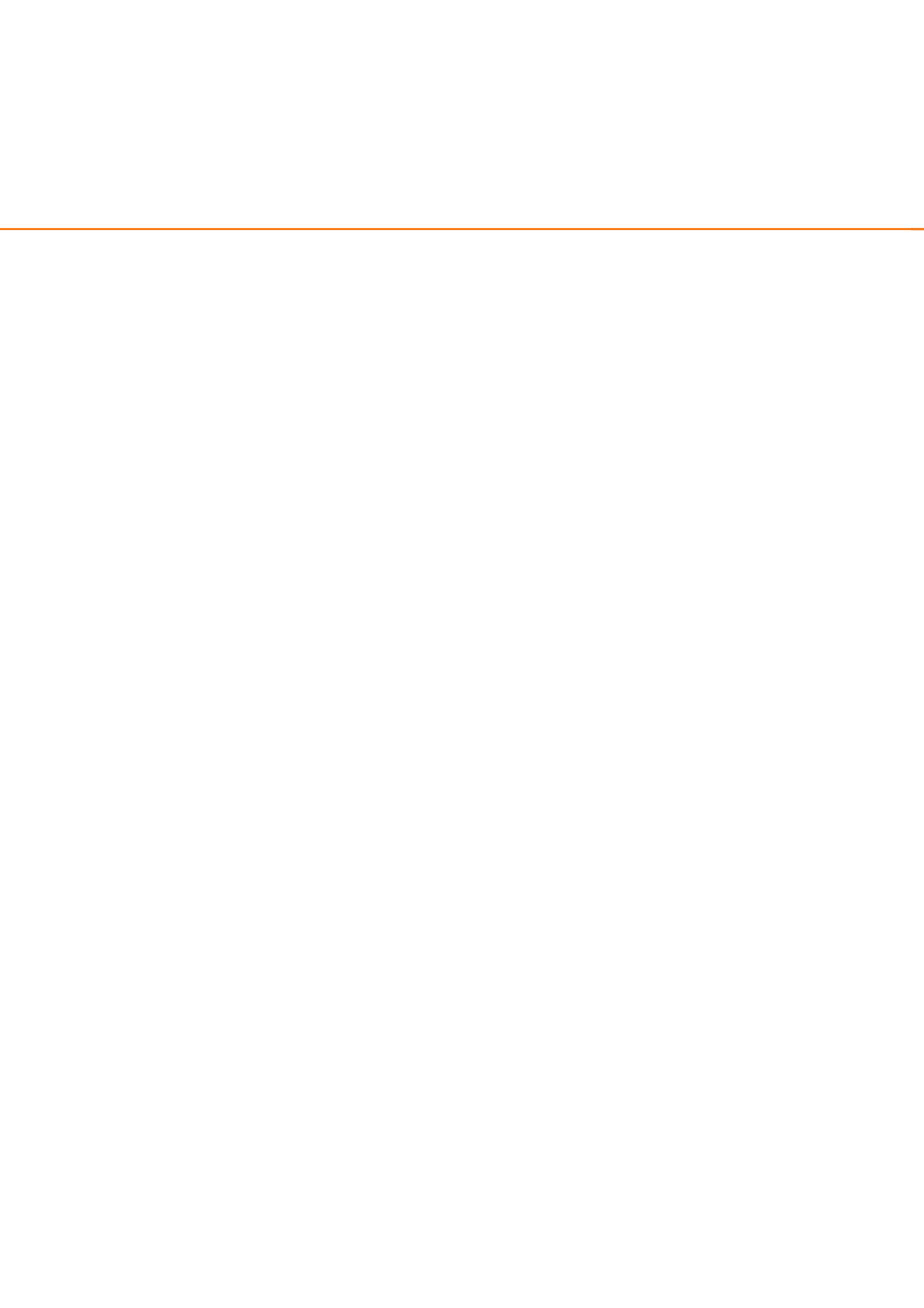
---

Geschäftsbericht  
über das  
32. Geschäftsjahr 2005



# Inhalt

	Seite
Organe der Gesellschaft . . . . .	5
Lagebericht . . . . .	7
I.    Geschäfts- und Rahmenbedingungen	
II.   Ertragslage	
III.  Finanzlage	
IV.  Vermögenslage	
V.   Nachtragsbericht	
VI.  Risikobericht	
VII. Prognosebericht	
Ergebnisverwendungsvorschlag . . . . .	20
Jahresabschluss	
Bilanz . . . . .	21
Gewinn- und Verlustrechnung . . . . .	23
Anhang	
I.    Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden . . . . .	25
II.   Nichtversicherungstechnische Angaben . . . . .	28
III.  Allgemeine Angaben . . . . .	32
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers . . . . .	34
Bericht des Aufsichtsrates . . . . .	35



---

## Organe der Gesellschaft

### Aufsichtsrat

Dipl.-Kfm. Michael Johnigk, Versicherungsdirektor,  
Herdecke, Vorsitzender,  
Mitglied der Vorstände der SIGNAL IDUNA Gruppe

Rechtsanwalt Dr. Paul-Otto Faßbender,  
Düsseldorf, stellvertretender Vorsitzender,  
Vorsitzender des Vorstandes der ARAG Allgemeine Rechtsschutz-  
Versicherungs-Aktiengesellschaft

Dr. Jan-Peter Horst, Versicherungsdirektor,  
Erkrath, (seit 1.6.2005)  
Mitglied des Vorstandes der ARAG Allgemeine Rechtsschutz-  
Versicherungs-Aktiengesellschaft

Dipl.-Math. Michael Petmecky, Versicherungsdirektor,  
Dortmund,  
Mitglied der Vorstände der SIGNAL IDUNA Gruppe

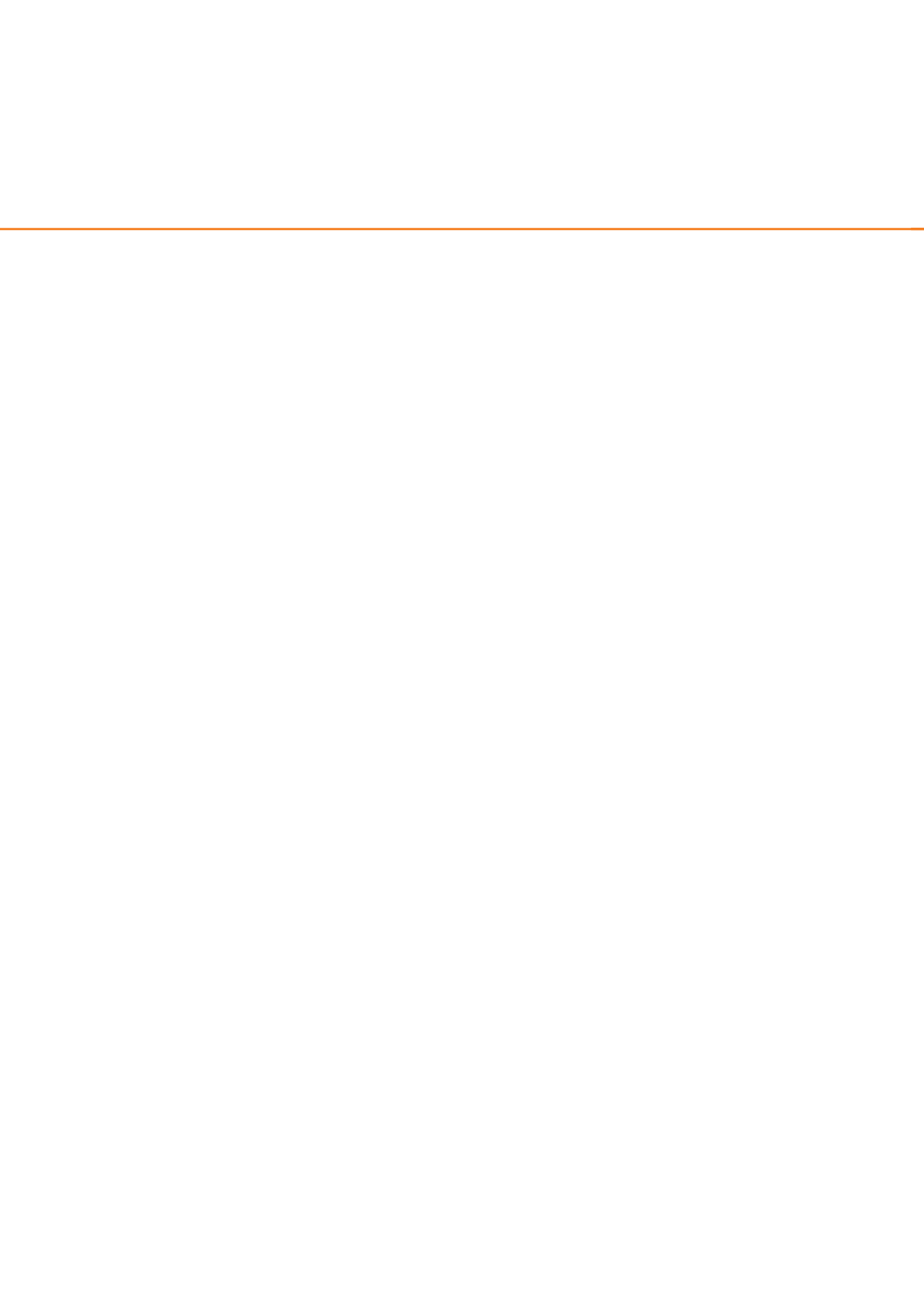
Dipl.-Kfm. Dr. Klaus Sticker, Versicherungsdirektor,  
Leichlingen,  
Mitglied der Vorstände der SIGNAL IDUNA Gruppe

Dipl.-Kfm. Dieter Wagner, Versicherungsdirektor,  
München,  
Mitglied der Vorstände der MÜNCHENER VEREIN  
Versicherungsgruppe

### Vorstand

Dipl.-Math. Werner Nicoll  
Herzogenrath

Udo Steinhorst  
Burbach (seit 1.4.2005)



# Lagebericht für das Geschäftsjahr 2005

## I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

<b>Geschäftsgebiet</b>	<p>Die ALLRECHT Rechtsschutzversicherung AG ist der Rechtsschutzversicherer der SIGNAL IDUNA Gruppe und der MÜNCHENER VEREIN Versicherungsgruppe mit Sitz in der Rheinmetropole Düsseldorf. Wir bieten ausschließlich Rechtsschutz an. Das macht uns zu Spezialisten auf diesem Sektor.</p> <p>Als dynamisches und innovatives Unternehmen haben wir uns die Aufgabe gestellt, den Ansprüchen unserer Kunden in hohem Maß gerecht zu werden. Service spielt dabei die Hauptrolle!</p> <p>Das Geschäftsgebiet unserer Gesellschaft erstreckt sich auf die Bundesrepublik Deutschland.</p>
<b>Betreibener Versicherungsweig</b>	<p>Wir sind als Spezial-Rechtsschutzversicherer tätig, der auch berufsständisch ausgerichtet ist. Unser Angebot erstreckt sich auf alle in den „Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung“ (ARB) aufgeführten Versicherungsarten und die „Vermögensschaden-Rechtsschutzversicherung für Aufsichtsräte, Beiräte, Vorstände, Unternehmensleiter und Geschäftsführer“ (VRB) sowie die „Daten-Rechtsschutzversicherung“. In sehr geringem Umfang werden auch Risiken aus dem Spezial-Strafrechtsschutz gedeckt.</p> <p>Durch den ständigen Ausbau unserer Produkte und des Kundenservices sind wir bemüht, allen Kunden jederzeit eine optimale Betreuung zu gewährleisten und Hilfe im Schadenfall zu bieten.</p> <p>Zum Geschäftsbereich der Gesellschaft gehört auch die Rückversicherung, die jedoch bisher nicht betrieben wurde.</p>
<b>Außenorganisation</b>	<p>Das Versicherungsgeschäft wurde durch die für die folgenden Aktionärsunternehmen tätigen Außenorganisationen vermittelt:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. SIGNAL IDUNA Gruppe, Dortmund und Hamburg</li><li>2. MÜNCHENER VEREIN Versicherungsgruppe, München</li></ol>

---

**Versicherungsbestand**

Der Bestand an selbst abgeschlossenen, mindestens einjährigen Verträgen hat sich von 250.027 Stück im Vorjahr auf 245.435 Stück im Geschäftsjahr reduziert. Der Bestandsbeitrag hat sich demgegenüber von 37.506 T€ in 2004 auf 37.995 T€ erhöht. Dem gegenüber dem Vorjahr um 2,5% angestiegenen Neugeschäft steht ein von 8,4% auf 11,2% angestiegenes Bestandsstorno gegenüber. Der Anstieg ist wesentlich auf das Sonderkündigungsrecht aufgrund der Beitragsanpassung zurückzuführen.

**Arbeitnehmer**

Die Organisationsstrukturen bei ALLRECHT sind flach. Unterhalb des Vorstandes besteht die Führungsebene aus vier Abteilungsleitern für die Bereiche Vertrieb, Verkaufsförderung, Betriebsorganisation, Datenverarbeitung, Tarifgestaltung und Betrieb. Die Mitarbeiter sind größtenteils langjährig bei ALLRECHT beschäftigt. Die Personalfuktuation ist äußerst gering.

Auf die Ausbildung junger Menschen wird großer Wert gelegt. Obwohl das Wachstum und die geringe Fluktuation nicht immer die Übernahme der Auszubildenden ermöglichen, werden dennoch stets zwei Personen bei der ALLRECHT in dem Berufsbild „Versicherungskaufmann/-frau“ ausgebildet.

**Produktentwicklung**

Ein Rechtsschutztarif, der einfach, leistungsstark und preisoffensiv die Wünsche der Kunden und Vermittler berücksichtigt, befindet sich in der Entwicklung und wird 1.5.2006 eingeführt.

Kennzahlen		Allrecht		Branche*
		2005 T€	2004 T€	2004 T€
<b>Beiträge</b>	gebucht brutto	36.944	36.719	2.928.880
	verdient brutto	36.898	36.029	2.912.714
	Veränderung gebucht in %	+0,6	+5,7	+3,2
<b>Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge</b>				
	Stück	245.435	250.027	22.653.383
	Veränderung zu Vorjahr in %	-1,8	-1,2	-0,7
<b>GJ-Aufwendungen für Versicherungsfälle</b>				
	absolut	29.293	28.681	2.140.845
	in % der verdienten Beiträge	79,4	79,6	73,5
<b>Abwicklungsergebnis aus der Vorjahresschadenrückstellung (incl. SRK)</b>				
	absolut	1.505	1.512	
	in % der Eingangsrückstellung	2,6	2,6	
	in % der verdienten Beiträge	4,1	4,2	5,7
<b>versicherungstechnisches Ergebnis</b>				
	in % der verdienten Beiträge	-6,3	-7,7	-1,1
<b>Brutto-Kostenquote</b>				
	in % der verdienten Beiträge	31,5	32,7	32,8
<b>Schadenrückstellungen</b>				
	in % der Schadenzahlungen	219,9	248,4	231,0
	in % der verdienten Beiträge	158,5	159,0	142,6
<b>versicherungstechnische Rückstellungen</b>				
	in % der verdienten Beiträge	186,6	187,6	
<b>Kapitalanlagebestand</b>				
	Durchschnittsrendite in %	77.836	76.505	4.948.713
		4,5	5,0	4,9
<b>Eigenkapital</b>				
	absolut	12.178	13.455	
	in % der verdienten Beiträge	33,0	37,4	
	eingezahlt und thesauriert	8.537	9.813	
	Rentabilität in %	9,6	26,9	
<b>Jahresüberschuss</b>				
		819	2.641	
<b>Mitarbeiter</b> (Quartalsdurchschnitt)				
		48	46	

\* die Branchenzahlen wurden aus den Geschäftsberichten der 27 größten deutschen Rechtsschutzversicherer mit einem Marktanteil von insgesamt 96,0% ermittelt

## II. Ertragslage

### Beitragsentwicklung

Die Beitragseinnahmen beruhen ausschließlich auf selbst abgeschlossenem Geschäft. Sie erhöhten sich im Berichtsjahr von 36.718.571,52 € auf 36.944.050,39 €.

Das entspricht einer Steigerung von 0,6% (Vorjahr 5,7%). Die Erhöhung wurde vor allem wegen Preiserhöhungen auf der Grundlage der Feststellungen des unabhängigen Treuhänders zur Beitragsanpassung erreicht. Das Neugeschäft erbrachte mit 3.199.642 € eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 2,5%.

Das Bestandsstorno ist im Geschäftsjahr 2005 nach einem Anstieg im Vorjahr von 8,1% auf 8,4% noch weiter auf 11,2% angestiegen. Diese Entwicklung ist auf das Sonderkündigungsrecht der Kunden nach Beitragsanpassung zurückzuführen.

Eine stärkere Einbindung der Allrecht Rechtsschutzversicherung AG in die Vertriebsziele der o. g. Aktionärs-gesellschaften könnte das Neugeschäftspotential, das vorhanden ist, besser ausnutzen. Für das Geschäftsjahr 2006 ist die Eingliederung in die Vertriebsziele der SIGNAL IDUNA Gruppe vereinbart. Die Rechtsschutzpolicen unserer Gesellschaft sind für die Personen- und Sachversicherungskunden der SIGNAL IDUNA Gruppe als Ergänzung des Versicherungsschutzes weiterhin gefragt.

### Schadenverlauf

Im Geschäftsjahr wurden 54.362 Schäden einschließlich der Wiederinkraftsetzungen gemeldet. Das sind 2.528 Schäden oder 4,5% weniger (Vorjahr: 4,3%) als im Vorjahr. Der überproportional zur Bestandsveränderung verlaufene Rückgang ist das Ergebnis einer im Vorjahr durchgeführten Bestands-sanierung. Der seit drei Jahren zu beobachtende kontinuierliche Anstieg der Schadenmeldungen in den Leistungsarten Arbeitsrechtsschutz und allgemeiner Vertragsrechtsschutz ist im Geschäftsjahr 2005 zum Stillstand gekommen, die Meldungen verbleiben jedoch mit 31,1% auf hohem Niveau gemessen an der Gesamtzahl der Schadenmeldungen (Vorjahr: 31,8%)

Die Aufwendungen für Geschäftsjahres-Versicherungsfälle erhöhten sich nochmals um 2,1% auf 29.292.552,27 € (Vorjahr: 28.681.115,75 €).

Die Schadenzahlungen im Arbeitsrechtsschutz und im allgemeinen Vertragsrechtsschutz sind von 9.495,3 T€ im Vorjahr auf 11.351,9 T€ (jeweils ohne Regulierungskosten) mit 19,6% stark angestiegen. Dieser Tatsache wurde bei der Bemessung der Geschäftsjahresschadendurchschnitte durch einen gesonderten Zuschlag Rechnung getragen. Das Gebührenrecht in

---

Gestalt des ab dem 1.7.2004 gültigen Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG) ist wie bereits im Vorjahr durch einen weiteren Sonderzuschlag in die Kalkulation des Ansatzes für die Geschäftsjahresspätsschäden eingeflossen. Insgesamt wurden für den Geschäftsjahresschaden 4.411 T€ (Vorjahr: 3.535 T€) zusätzlich aufgewendet, um die Belastungen aus der erfolgten Gebührenerhöhung zu berücksichtigen.

Obwohl die Beiträge dieser Entwicklung nicht folgen, ist die Geschäftsjahresschadenquote leicht von 79,6% im Vorjahr auf 79,4% im Berichtsjahr zurückgegangen.

Die Nachmeldequote für unbekannte Spätsschäden hat sich bei 54% der gemeldeten Geschäftsjahresschäden stabilisiert. Der Abwicklungsgewinn aus der Vorjahresschadenrückstellung beträgt insgesamt 1.505.223,70 € (Vorjahr: 1.511.834,73 €).

Der starke Anstieg des Schadenaufwandes ist im Geschäftsjahr nahezu zum Abschluss gekommen (2,2% nach 8,2% im Vorjahr). Die Auswirkungen aus dem neuen Gebührenrecht sind damit bereits vollständig realisiert.

## **Kosten**

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb sind im Berichtsjahr auf 11.603.709,52 € um 1,6% zurückgegangen (Vorjahr: 11.794.662,48 €).

Die Provisionsaufwendungen liegen mit 6.900.170,92 € auf dem Vorjahresniveau (6.903.534,39 €).

Einsparungen konnten bei den IT-Kosten erzielt werden. Diese konnten durch geänderte Konditionen, die bereits im Vorjahr mit dem Rechenzentrumsbetreiber ausgehandelt wurden, um 27,0% gegenüber dem Vorjahr abgesenkt werden.

Die im Vorjahr stark angestiegenen Mahnkosten (+55,3%) sind im Berichtsjahr wieder zurückgegangen. Die Mahnkosten verbleiben wegen der ungünstigen Rahmenbedingungen jedoch auf hohem Niveau (257,4 T€).

Der Rückgang der Aufwendungen führt zu einem weiteren Rückgang der Kostenquote von 32,7% im Vorjahr auf 31,5% im Geschäftsjahr.

- 
- Technisches Ergebnis** Trotz der gestiegenen Beiträge und der zurückgegangenen Verwaltungskosten schließt das versicherungstechnische Geschäft im Geschäftsjahr bedingt durch den anhaltend hohen Schadenaufwand mit einem Verlust von 2.312.312,82 € ab (Vorjahr: Verlust 2.779.313,31 €).
- Kapitalanlageergebnis** Der Kapitalanlagebestand konnte im Berichtsjahr wegen der hohen Auszahlungen für Entschädigungen nur leicht vergrößert werden. Die Erträge aus Kapitalanlagen liegen daher mit 3,5 Mio. € etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Erneut wurden wegen des historisch niedrigen Zinsniveaus anlagefähige Mittel unterjährig in grösserem Umfange liquide gehalten. Der Umfang der Erträge aus Kapitalanlagen wurde durch eine Sonderausschüttung aus Investmentfonds gestützt. Abschreibungen wegen der Einhaltung des strengen Niederstwertprinzipes waren in unseren Büchern nicht erforderlich, obwohl Kapitalanlagen nicht dem Anlagevermögen zugeordnet wurden. Von der Möglichkeit der Bilanzierung von Fondsanteilen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurde kein Gebrauch gemacht.
- Sonstiges Ergebnis** Im Vorjahr war im Sonstigen Ergebnis die Rückabwicklung des ab dem Jahr 2000 nicht mehr anwendbaren Ergebnisabführungsvertrages mit den Aktionären in Gesellschaft bürgerlichen Rechts enthalten. Der sich hieraus ergebende Nettoerstattungsanspruch hatte 1.195 T€ betragen.
- Gesamtergebnis** Das nichtversicherungstechnische Geschäft erbrachte einen Gewinn von 3.481.823,97 €, so dass ein Gesamtergebnis nach Steuern von 818.679,96 € gegenüber 2.640.686,29 € im Vorjahr erzielt werden konnte. Im Vorjahresergebnis ist ein Betrag von 1.982 T€ enthalten, der wegen der Korrekturen zu dem rückwirkend nicht mehr anwendbaren Ergebnisabführungsvertrag entstanden ist.

### III. Finanzlage

#### Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2005

	2005 EURO	2004 EURO
<b>I. Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit</b>		
Jahresüberschuss	818.680	2.640.686
Veränderung der versicherungstechnischen Nettorückstellungen	1.278.573	4.847.815
Veränderung der sonstigen Forderungen und Verbindlichkeiten	1.103.265	-1.759.649
Gewinne/Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	–	–
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	12.333	11.271
Ab-/Zuschreibungen zu Kapitalanlagen	–	–
Auflösungen des Sonderpostens mit Rücklageanteil	–	–
Veränderung der übrigen Aktiva und Passiva	-104	326.567
Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>3.212.747</u>	<u>6.066.690</u>
<b>II. Mittelfluss aus Investitionstätigkeit</b>		
Einzahlungen aus der Tilgung und dem Verkauf von Kapitalanlagen	9.079.857	4.601.626
Auszahlungen für den Erwerb von Kapitalanlagen	-10.411.408	-10.549.518
Einzahlungen aus dem Verkauf von immateriellen Vermögensgegenständen	–	–
Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	-5.241	-2.320
Mittelfluss aus Investitionstätigkeit	<u>-1.336.792</u>	<u>-5.950.212</u>
<b>III. Mittelfluss aus Finanzierungstätigkeit</b>		
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	–	–
Auszahlungen an Unternehmenseigner	–	–
Dividendenausschüttung	-2.095.000	–
Mittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	<u>-2.095.000</u>	<u>–</u>
<b>Zahlungswirksame Veränderungen des Zahlungsmittelbestandes</b>	<b>-219.045</b>	<b>116.478</b>
Zahlungsmittel zu Beginn des Geschäftsjahres	646.258	29.780
Zahlungsmittel am Ende des Geschäftsjahres	<u>427.213</u>	<u>646.258</u>
<b>Veränderung des Zahlungsmittelbestandes im Geschäftsjahr</b>	<b>-219.045</b>	<b>116.478</b>

#### IV. Vermögenslage

Das gesamte Vermögen ist zum 31.12.2005 zu 90,8% in Kapitalanlagen investiert (Vorjahr: 88,8%). Im Wertansatz der Kapitalanlagen sind Bewertungsreserven in Höhe von 2.202,1 T€ (Vorjahr: 808,9 T€) enthalten. Es gibt keine nicht bilanzierten Vermögensgegenstände, die wesentliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage haben.

##### Kapitalanlagestruktur

	2005		2004	
	T€	%	T€	%
Anteile an Wertpapier-Sondervermögen	36.450	46,8	35.039	45,8
Namensschuldverschreibungen	29.970	38,6	32.327	42,3
Schuldscheinforderungen und Darlehen	8.100	10,4	4.123	5,4
Einlagen bei Kreditinstituten	3.300	4,2	5.000	6,5
Andere Kapitalanlagen	16	-,	16	-,
	<u>77.836</u>	<u>100,0</u>	<u>76.505</u>	<u>100,0</u>

#### V. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ereignet. Die bisherige Geschäftsentwicklung im laufenden Geschäftsjahr verläuft erwartungsgemäß.

#### VI. Risikobericht

Ziel des Risikomanagements ist die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen aus § 91 Abs. 2 AktG. Dazu soll das betriebswirtschaftlich erforderliche Risikokapital unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Risikostruktur unter Zuhilfenahme eines internen Modells mit Anlehnung an das GdV-Modell quantifiziert werden. Das Risiko wird so kalibriert, dass die Renditeforderungen der Risikokapitalgeber erfüllt werden.

Darüberhinaus wird durch das Risikomanagement die Vorbereitung auf zu erwartende neue Solvenzvorschriften (Solvency II) getroffen.

Die Risiken werden klassifiziert nach Risikoarten, über die nachfolgend berichtet wird:

##### Versicherungstechnische Risiken

Das Prämienrisiko wurde in das Gesamtschadenrisiko, das Anwalts- und Gerichtskostenänderungsrisiko und in das Prämien-Zinsänderungsrisiko zerlegt. Das Prämien-Zinsänderungsrisiko wurde dem ALM-Risiko zugeordnet. Dieses setzt sich aus dem Zinsänderungsrisiko der festverzinslichen Anlagewerte, dem Zinsänderungsrisiko der Schadenreserve und dem Zins-

änderungsrisiko der Prämie zusammen. Bei perfekter Abstimmung lässt sich das ALM-Risiko vollständig eliminieren. Der Risikowert (Value at Risk) misst das erforderliche Risikokapital für die Unzulänglichkeiten der Abstimmung.

Sämtliche versicherungstechnischen Risiken werden durch ausreichendes Risikokapital unterlegt. Dazu werden ständig die gesetzliche Entwicklung der Rahmenbedingungen für das Rechtsschutzgeschäft beobachtet und Analysen über die Auswirkungen angestellt. Versicherungstarife und -bedingungen werden bei Bedarf angepasst und in den Schadenrückstellungen ausreichende Sicherheitszuschläge berücksichtigt. Im Übrigen ist über die Beitragsanpassungsklausel in der Rechtsschutzversicherung eine Anpassung der Versicherungsbeiträge an die Schadenentwicklung möglich.

**Der Schadenverlauf stellt sich in den letzten zehn Jahren wie folgt dar:**

	Schadenquote, brutto, gesamt		Abwicklungsergebnis in %
	GJ-Quote	bilanziell	
2005	79,4	75,3	2,6
2004	79,6	75,4	2,8
2003	77,8	73,1	3,2
2002	76,1	70,8	3,6
2001	73,2	70,2	2,1
2000	73,5	69,9	2,7
1999	73,7	71,0	2,2
1998	74,3	71,2	2,6
1997	77,8	77,3	0,4
1996	79,4	77,0	2,0

---

Der Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft wird durch ein effizientes und konsequentes Mahnverfahren minimiert. Das Restausfallrisiko ist durch die Dotierung von Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen im Jahresabschluss berücksichtigt.

Der Forderungsbestand aus dem s. a. G., der am Bilanzstichtag im Mahnverfahren befindlich war, beträgt 711.094,43 € (Vorjahr: 766.787,75 €). Das Ausfallrisiko wurde durch eine Wertberichtigung von 241,9 T€ (Vorjahr: 257,2 T€) berücksichtigt. Dem Ausfallrisiko bei den ordentlichen Forderungen wurde mit einer Wertberichtigung über 174,5 T€ (Vorjahr: 180,6 T€) Rechnung getragen. Der Netto-Ausfall im Geschäftsjahr war durch die gebildeten Wertberichtigungen vollständig gedeckt.

### **Risiken aus Kapitalanlagen**

Im Jahr 2005 haben sich die internationalen Finanzmärkte sehr freundlich entwickelt. Seit Ende 2004 ist der DAX um fast 25% angestiegen und hat damit den höchsten Stand seit mehr als dreieinhalb Jahren erreicht. Auch der Euro-Stoxx konnte um nahezu 20% zulegen. Die Erholung war durch das hohe Wachstum der Weltwirtschaft, das günstige Finanzierungsumfeld und die gestiegenen Gewinne von vielen Unternehmen zurückzuführen. In Deutschland haben sich zusätzlich die politischen Weichenstellungen nach der Bundestagswahl ausgewirkt. Inwieweit der im abgelaufenen Geschäftsjahr realisierte Trend zukünftig anhält, hängt in Deutschland auch davon ab, ob es der Bundesregierung gelingen wird, die Erwartungen der Marktteilnehmer zu erfüllen.

Das Kapitalanlagerisiko untergliedert sich in das Aktienkursrisiko, das Zinsänderungsrisiko, das „Credit-Spread“-Risiko und das Währungsrisiko. Letzteres trifft uns nicht, da keine Vermögenswerte in Fremdwährung angelegt wurden.

Bei auftretender Kursschwäche wird der Aktienbestand innerhalb des von uns gehaltenen Spezialfonds durch den Einsatz von Futures abgesichert werden. Das bisher bestehende Wertsicherungskonzept für Aktienbestände in Spezialfonds wird weiterhin aufrechterhalten werden. Zum 31.12.2005 wurden dem Anlagevermögen keine Wertpapiere zugeordnet und unsere Wertpapierbestände nach dem strengen Niederstwertprinzip bilanziert.

Die regelmässige Überprüfung der Risikosituation und der finanziellen Stabilität erfolgt darüber hinaus vierteljährlich in Form von internen Tests, denen die Kriterien der aufsichtsrechtlichen Stress-Tests zugrunde liegen. Die Stress-Tests überprüfen, ob die Gesellschaft trotz extremer Krisensituatio-

nen an den Kapitalmärkten in der Lage wäre, ohne Gegenmassnahmen die gegenüber den Versicherungsnehmern eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. In den nunmehr auf drei Szenarien erweiterten Stress-Tests werden folgende, gleichzeitig eintretende Wertverluste unterstellt:

Szenario	R 10	A 35	RA 25	AI 28
Renten	-10%	–	-5%	–
Aktien	–	-35%	-20%	-20%
Immobilien	–	–	–	-8%

Als Ergebnis dieser Analysen lässt sich zum Bilanzstichtag feststellen, dass wir sämtliche, von Seiten der Aufsichtsbehörde obligatorischen Stress-Tests uneingeschränkt bestanden haben.

Strenge Anforderungen an die Finanzstärke der Schuldner und die Vermeidung einer Konzentration auf einzelne Schuldner reduzieren das Bonitätsrisiko in hohem Maße. Die Beschränkung der festverzinslichen Wertpapiere auf nahezu ausschließliche Anlagen im Investmentgrade-Bereich trägt diesem Grundsatz Rechnung.

Das Liquiditätsrisiko wird durch eine revolvingende Finanzplanung begrenzt, in der die Zahlungsströme zeitnah ermittelt und im Zuge eines Asset-Liability-Managements aufeinander abgestimmt werden. Darüber hinaus stellt die hohe Fungibilität der Kapitalanlagen eine kurzfristige Verwertbarkeit grundsätzlich sicher.

Auf den Einsatz von derivativen Instrumenten in der Direktanlage wird vollständig verzichtet.

### **Operationale Risiken**

Die Risiken aus dem laufenden Geschäft werden unterteilt in die betrieblichen Risiken und die rechtlichen Risiken

Die betrieblichen Risiken lassen sich beeinflussen und können bestenfalls vollständig eliminiert werden. Unter Berücksichtigung von Eintrittswahrscheinlichkeit und voraussichtlichem Schaden ausmaß wurde lediglich ein wesentliches betriebliches Risiko identifiziert: Die unzureichende Kosten/Nutzenrelation bei der Einführung eines neuen Bestandsverwaltungs- und Schadenabrechnungssystems. Dieses Risiko wird derzeit tiefer analysiert, um es

durch vorbeugende Maßnahmen und Kontrollen bei der Umsetzung zu eliminieren.

Die rechtlichen Risiken ergeben sich durch Einflüsse von außen und können nicht direkt beeinflusst werden. Als wesentliche rechtliche Risiken wurden mögliche weitere Erhöhungen der Rechtsanwalts- und Gerichtskosten sowie die zum 1.1.2007 geplante Erhöhung des Umsatzsteuersatzes identifiziert.

Wegen des zum 1.7.2004 in Kraft getretenen Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes wurde im Geschäftsjahr ein Verlust von ca. 4,4 Mio. € realisiert, da die Beiträge des Geschäftsjahres 2005 die Gebührenerhöhungen kalkulatorisch nicht umfassen. Auch wenn im Oktober 2006 eine Beitragsanpassung erfolgen könnte wird ein weiterer Verlust eintreten, da für die ersten drei Quartale eine Erhöhung der Prämien nicht möglich ist, die Schadenauszahlungen aber auf hohem Niveau verharren.

Durch die Erhöhung des Umsatzsteuersatzes von 16% auf 19% zum 1.1.2007 ist eine weitere Erhöhung der Schadenzahlungen von ca. 600 T€ zu befürchten. Strategien zur Reduzierung des Aufwandes werden geprüft; die Aussichten zur Vermeidung eines Zusatzaufwandes sind aber nicht günstig.

#### **Abschlussbemerkung**

Besondere konkrete Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinträchtigen, bestehen nicht.

#### **Quantifizierung der gesamten Risikosituation**

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen nach § 53c VAG und der Verordnung über die Kapitalausstattung von Versicherungsunternehmen in der Fassung des Gesetzes zur Sanierung und Liquidation von Versicherungsunternehmen vom 10.12.2003 (BGBl. I S. 2478) betragen 6.939.988 € (Vorjahr: 6.609.343 €). Die zu der Bedeckung zur Verfügung stehenden Eigenmittel betragen 9.899.743 € (Vorjahr: 9.523.971 €). In diesen Eigenmitteln sind Bewertungsreserven nicht einbezogen worden, wohl aber die Hälfte der ausstehenden Einlagen nach Antrag und Genehmigung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht am 17.5.2005. Die Bedeckung zum 31.12.2005 beträgt 142,65% (Vorjahr: 144,10%).

**VII. Prognosebericht** Wesentliche Impulse werden von den gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten nicht erwartet. Die Entwicklung der Konsumausgaben im Inland wird sich wegen eines nur mäßigen Anstiegs der verfügbaren Einkommen real nur geringfügig erhöhen. Eine Bremse für die Expansion ist besonders der Konsum der privaten Haushalte, der unter der Energieverteuerung zu leiden

---

hat und durch die geplante Erhöhung der Umsatzsteuer zusätzlich belastet wird. Es ist damit zu rechnen, dass die Kostensteigerungen im Schadenbereich, ausgelöst durch das Kostenrechtsmodernisierungsgesetz, wie bereits im Berichtsjahr, auch nur zum Teil an die Versicherungskunden weitergegeben werden können. In der Branche wird das Prämienvolumen dadurch um ca. 3,0% ansteigen.

In der Schaden- und Unfallversicherung war im Geschäftsjahr 2005 ein Beitragsrückgang von ca. 0,5% zu verzeichnen. Der Beitragsverlauf in der Rechtsschutzversicherung ist heterogen: Zwar ist ein Wachstum von 3,0% zu verzeichnen, die Anzahl der Kunden geht jedoch zurück. Ein großer Anteil des Beitragszuwachses ist auf die Beitragsanpassung zurückzuführen, die wegen der gestiegenen Schadenaufwendungen durch vermehrte Versicherungsfälle im Arbeitsrechtsschutz und im allgemeinen Vertragsrechtsschutz wirksam wurde. Die Rechtsschutzversicherung ist zusätzlich durch das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz belastet. Bei einer deutlichen Zunahme des Schadenaufwandes von ca. 20% in 2005 besteht Grund zur Sorge. Die hervorgerufenen Mehrbelastungen können über die Beitragsanpassungsmechanismen frühestens ab Oktober 2006 zu Prämien erhöhungen führen, die vom Markt akzeptiert werden müssen.

Die Allrecht Rechtsschutzversicherung AG wird sich den Gegebenheiten stellen. Die erforderlichen Beitragserhöhungen werden mit Rücksicht auf das zu erwartende Storno erfolgen. Um das zu erwartende Storno zu dämpfen, werden durch gezielte Kundenbindungsmaßnahmen und Kündigungsrücknahmebemühungen die Beziehungen zu den Versicherungsnehmern intensiviert werden. Ein gänzlicher Verzicht auf die Prämienanpassung kann wegen des Umfangs der Kostensteigerungen nicht erwogen werden.

Die Nachfrage seitens der Kunden unserer Vertriebspartner nach unseren Rechtsschutzpolicen hält an. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte das Neugeschäft erneut um 2,5% gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Da für die persönliche Betreuung unserer Kunden über 13.000 haupt- und nebenberufliche Vertreter der SIGNAL IDUNA Gruppe und der MÜNCHENER VEREIN Versicherungsgruppe zur Verfügung stehen, erhoffen wir durch die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Vertrieben eine umfassendere Ausnutzung des vorhandenen Neugeschäftspotentials.

Zur Vermeidung zusätzlicher Aufwandssteigerungen im Schadenbereich wird die Bestandssanierung mit der Zielsetzung der Ertragsverbesserung des Bestandes fortgesetzt werden. Die Maßnahmen werden bis zum Geschäftsjahr 2008 abgeschlossen werden.

Wegen der erhöhten Anwalts- und Gerichtskosten ist auch weiterhin mit einer hohen Schadenquote zu rechnen. Diese wird für das Geschäftsjahr 2006 in Höhe von ca. 70% erwartet, sofern die beabsichtigte Prämienerrhöhung durchsetzbar ist. Mittelfristig erwarten wir einen Rückgang der Schadenquote auf einen Wert von ca. 65% der verdienten Beiträge.

Die Kostenquote soll im Bereich von ca. 32% fixiert werden. Dazu werden bei künftigen Personalabgängen im Verwaltungsbereich keine Neueinstellungen mehr vorgenommen. Zudem werden durch Umstrukturierungsmaßnahmen die Aufwendungen für bezogene Dienste ab 2006 abgesenkt werden können.

Bei einem nahezu unveränderten Kapitalanlageergebnis erwarten wir bereits für das Geschäftsjahr 2006 ein deutlich höheres Jahresergebnis. Bis zum Jahr 2010 wird das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wegen der sich normalisierenden Schadenquoten als Ergebnis einer maßvollen Beitragserhöhung jeweils auf einem Niveau von ca. 2 Mio. € realisiert werden können.

Unseren Versicherungsnehmern danken wir für das entgegengebrachte Vertrauen. Besonderer Dank gilt der guten und erfolgreichen Zusammenarbeit mit unseren Aktionärsunternehmen sowie allen für uns tätigen Mitarbeitern für ihren pflichtbewussten und erfolgreichen Einsatz.

### **Ergebnisverwendungsvorschlag**

Es wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn von 864.366,25 € wie folgt zu verwenden:

	EURO
Dividende aus dem ordentlichen Ergebnis	450.000,00
Einstellungen in die anderen Gewinnrücklagen	400.000,00
Vortrag auf neue Rechnung	14.366,25
	<hr/>
Bilanzgewinn	<u>864.366,25</u>

---

Bilanz zum 31. Dezember 2005

## Jahresbilanz zum 31. Dezember 2005

Aktiva	EURO	EURO	EURO	Vorjahr EURO
<b>A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital</b> davon eingefordert: Euro --,--			3.641.700,00	3.641.700,00
<b>B. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>			7.824,00	14.916,00
<b>C. Kapitalanlagen</b>				
Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		36.450.215,52		35.038.807,52
2. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	29.970.191,67			32.327.464,53
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>8.100.000,00</u>	38.070.191,67		4.122.583,76
3. Einlagen bei Kreditinstituten		3.300.000,00		5.000.000,00
4. Andere Kapitalanlagen		<u>16.000,00</u>		16.000,00
			77.836.407,19	<u>76.504.855,81</u>
<b>D. Forderungen</b>				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	2.013.942,37			2.239.388,51
2. Versicherungsvermittler	<u>--,--</u>			<u>--,--</u>
		2.013.942,37		2.239.388,51
II. Sonstige Forderungen davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: EURO --,-- (Vj.: EURO 1.195.314,38)		<u>1.918,09</u>		<u>1.195.314,38</u>
			2.015.860,46	3.434.702,89
<b>E. Sonstige Vermögensgegenstände</b>				
I. Sachanlagen und Vorräte		152.718,83		184.721,97
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		427.213,03		646.258,47
III. Andere Vermögensgegenstände davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: EURO --,-- (Vj.: EURO --,--)		<u>683.894,57</u>		<u>717.990,37</u>
			1.263.826,43	1.548.970,81
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b> Abgegrenzte Zinsen und Mieten			943.349,89	997.603,03
			<u>85.708.967,97</u>	<u>86.142.748,54</u>

Passiva	EURO	EURO	EURO	Vorjahr EURO
<b>A. Eigenkapital</b>				
I. Gezeichnetes Kapital		7.020.000,00		7.020.000,00
II. Kapitalrücklage		159.528,24		159.528,24
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	542.471,76			542.471,76
2. andere Gewinnrücklagen	<u>3.592.051,12</u>			<u>3.592.051,12</u>
		4.134.522,88		4.134.522,88
IV. Bilanzgewinn		<u>864.366,25</u>		<u>2.140.686,29</u>
			12.178.417,37	13.454.737,41
<b>B. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>				
I. Beitragsüberträge		10.002.167,00		9.956.203,00
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		58.472.199,00		57.276.720,00
III. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		--,--		--,--
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		<u>385.980,00</u>		<u>348.850,00</u>
			68.860.346,00	67.581.773,00
<b>C. Andere Rückstellungen</b>				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		2.139.429,00		2.308.624,00
II. Steuerrückstellungen		304.500,00		469.600,00
III. Sonstige Rückstellungen		<u>516.387,25</u>		<u>463.355,01</u>
			2.960.316,25	3.241.579,01
<b>D. Andere Verbindlichkeiten</b>				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	196.511,06			210.317,52
2. Versicherungsvermittlern davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: EURO 527.309,92 (Vj.: EURO 562.148,66)	<u>555.386,36</u>			<u>601.338,30</u>
		751.897,42		811.655,82
II. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: EURO 700.625,69 (Vj.: EURO 688.045,10) davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: EURO 93.051,68 (Vj.: EURO 169.988,86)		<u>940.812,52</u>		<u>1.030.943,89</u>
			1.692.709,94	1.842.599,71
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			17.178,41	22.059,41
			<u>85.708.967,97</u>	<u>86.142.748,54</u>

---

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom  
1. Januar bis 31. Dezember 2005

## Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005

Posten	EURO	EURO	Vorjahr EURO
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung			
a) Gebuchte Beiträge	36.944.050,39		36.718.571,52
b) Veränderung der Beitragsüberträge	<u>45.964,00</u>		<u>689.988,00</u>
		36.898.086,39	36.028.583,52
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung		217.768,89	206.146,67
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	26.591.849,58		23.061.554,02
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	<u>1.195.479,00</u>		<u>4.107.727,00</u>
		27.787.328,58	27.169.281,02
4. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen		- 37.130,00	- 50.100,00
5. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung		11.603.709,52	11.794.662,48
6. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung		-,-,-	-,-,-
7. Zwischensumme		- 2.312.312,82	- 2.779.313,31
8. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen		-,-,-	-,-,-
9. Versicherungstechnisches Ergebnis		- 2.312.312,82	- 2.779.313,31
Übertrag:		- 2.312.312,82	- 2.779.313,31

Posten	EURO	EURO	EURO	Vorjahr EURO
Übertrag:			- 2.312.312,82	- 2.779.313,31
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	3.472.152,87			3.718.160,24
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-,-,-			-,-,-
c) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil	<u>-,-,-</u>			<u>-,-,-</u>
		3.472.152,87		3.718.160,24
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen			<u>39.940,58</u>	<u>39.274,58</u>
			3.432.212,29	3.678.885,66
3. Sonstige Erträge		488.737,20		4.249.729,75
4. Sonstige Aufwendungen		<u>439.125,52</u>	<u>49.611,68</u>	<u>2.885.016,72</u>
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			1.169.511,15	2.264.285,38
6. Steuern vom Einkommen und Ertrag			348.731,19	- 379.237,62
7. Sonstige Steuern			<u>2.100,00</u>	<u>2.836,71</u>
8. Jahresüberschuß			818.679,96	2.640.686,29
9. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			45.686,29	-,-,-
10. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in andere Gewinnrücklagen			-,-,-	<u>500.000,00</u>
11. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			<u>864.366,25</u>	<u>2.140.686,29</u>

## Anhang für das Geschäftsjahr 2005

### I. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

#### **Rechnungslegungsvorschriften**

Die Allrecht Rechtsschutzversicherung AG hat den vorliegenden Jahresabschluss und den Lagebericht nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB) des Aktiengesetzes (AktG), des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (VAG) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) vom 8.11.1994 erstellt. Dabei wurden für die Gliederung des Jahresabschlusses die Formblätter 1 und 2 gem. § 2 RechVersV angewandt.

#### **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Die **Bilanzierungsgrundsätze und Bewertungsvorschriften** der §§ 341 ff. HGB wurden berücksichtigt. Die zusätzlichen, nach § 342 Abs. 2 HGB als „Grundsatz ordnungsgemässer Buchführung“ geltenden Rechnungslegungsvorschriften des DRSC für den Konzernabschluss wurden, soweit deren Anwendung für den Einzelabschluss empfohlen ist, weitestgehend angewendet.

Erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten aktiviert worden und werden linear, entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer, abgeschrieben.

Die Bewertung der **Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere** erfolgte gemäss § 341b Abs. 2 HGB i.V. mit § 253 Abs. 1 und 3 HGB mit den Anschaffungskosten, bzw. dem niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag. Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 S. 1 HGB waren im Geschäftsjahr nicht vorzunehmen.

Von der Möglichkeit der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip nach § 341b Abs. 2 HGB in der Fassung des Versicherungskapitalanlagen-Bewertungsgesetzes wurde kein Gebrauch gemacht. Wertaufholungen nach § 280 Abs. 1 HGB wurden im Geschäftsjahr nicht durchgeführt.

**Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen** sind gemäß § 341c HGB mit dem Nennwert bzw. Rückforderungsbetrag bilanziert. Disagiobeträge werden durch passive Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit linear verteilt.

**Einlagen bei den Kreditinstituten** sind mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** sind zum Nennwert bilanziert. Von den Forderungen an Versicherungsnehmer wurden differenzierte Pauschalwertberichtigungen für die bekannten latenten Ausfallrisiken abgesetzt.

Die **Sachanlagen** werden gemäss § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB zu Anschaffungskosten aktiviert und linear mit den steuerlich zulässigen Sätzen abgeschrieben. Die Zugänge an geringwertigen Wirtschaftsgütern sind gemäß § 6 Abs. 2 EStG voll abgeschrieben worden.

Der **Bestand an Vorräten** wurde durch körperliche Aufnahme ermittelt. Die Bewertung erfolgte zu den Anschaffungskosten. Bestehenden Lagerrisiken ist durch ausreichende Abschläge Rechnung getragen worden.

Die **anderen Vermögensgegenstände** sind mit den Nennwerten bilanziert.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten abgegrenzte, noch nicht fällige, Zinsansprüche für den Ertragszeitraum vor dem Bilanzstichtag.

Die **Beitragsüberträge** werden ausgehend von den gebuchten Beiträgen und Stornierungen pro rata temporis berechnet und um die darin enthaltenen Ratenzuschläge gekürzt. Die Überträge werden gemäss BMF-Schreiben vom 30.4.1974 um die nicht übertragsfähigen Einnahmeteile gekürzt. Nach Rücksprache mit dem Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) gehen wir davon aus, dass diese Regelung nicht durch das BMF-Schreiben IV C 9 – O 1000 – 86/5 vom 7.6.2005 zum Bürokratieabbau aufgehoben wurde. Als nicht übertragsfähige Einnahmeteile werden 85% der Provisionen und sonstigen Bezüge der Vertreter angesetzt.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wurde getrennt nach Ereignisjahren für im jeweiligen Geschäftsjahr gemeldete Schäden gebildet. Ausserdem wurde eine Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen nach § 341g Abs. 1 HGB auf der Grundlage des koordinierten Ländererlasses vom 2.2.1973 ermittelt. Die Schadenrückstellung wurde um Regressforderungen gekürzt, mit deren Realisierung im Folgejahr zu rechnen ist. Die Bestimmungen in § 20 Abs. 2 KStG in Verbindung mit § 6 Abs. 1 Nr. 3 a EStG wurden wegen der Unvereinbarkeit mit dem Imparitätsprinzip bei dem handelsrechtlichen Wertansatz ignoriert. Unabhängig davon ergäbe sich bei der Anwendung des BMF-Schreibens IV C 6 – S 2775 – 9/00 bezüglich der „realitätsnahen Bewertung“ kein Auflösungsbedarf.

Zusammensetzung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (in EURO):

	2005	2004
a) Geschäftsjahresschäden	21.099.339,41	21.073.479,36
b) Vorjahresschäden	37.372.859,59	36.203.240,64
	<u>58.472.199,00</u>	<u>57.276.720,00</u>

Die Schadenregulierung erfolgte im Wege von Dienstleistungen durch Dritte. Die Kosten hierfür wurden bei der Schadenanlage in Rechnung gestellt.

Der Aufwand für Versicherungsfälle (einschließlich Schadenregulierungsaufwendungen) setzt sich wie folgt zusammen:

	2005	2004
a) für das Geschäftsjahr	29.292.552,28	28.681.115,75
b) für die Vorjahre entstand ein Abwicklungsgewinn	<u>-1.505.223,70</u>	<u>-1.511.834,73</u>
	<u>27.787.328,58</u>	<u>27.169.281,02</u>

Die Notwendigkeit der Passivierung einer **Schwankungsrückstellung** zum Ausgleich der Schwankungen im jährlichen Schadenbedarf wurde gemäss § 341h HGB i.V.m. § 29 Rech-VersV für den Selbstbehalt geprüft. Danach war eine Schwankungsrückstellung nicht zu bilden. Die **sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen** enthalten die Stornorückstellung wegen Wegfall oder Verminderung des technischen Risikos und die Rückstellung für unverbrauchte Beiträge in Höhe des voraussichtlichen Bedarfs.

Die Berechnung der **Pensionsrückstellung** wurde nach den Bestimmungen des § 6a EStG durchgeführt. Als Rechnungsgrundlage für die Teilwertermittlung wird die Richttafel von Dr. Klaus Heubeck 2005G mit einem Rechnungszinsfuß von 6% verwendet. Nur für steuerliche Zwecke wurde die Drittelung des Unterschiedsbetrages zu den Barwerten nach der Richttafel von Dr. Klaus Heubeck 1998 gemäß § 6a Abs. 4 S. 2 EStG vorgenommen. Das Wahlrecht gemäß Art. 28 Abs. 1 EGHGB zur Unterlassung der Bildung von Pensionsrückstellungen für Altzusagen ist nicht in Anspruch genommen worden.

Im Geschäftsjahr wurde eine Rückstellung gemäss dem **Altersteilzeitabkommen** für das private Versicherungsgewerbe vom 11.6.1997 nach der IDW-Verlautbarung vom 18.11.1998 unter Zugrundelegung eines Rechnungszinsfusses von 5,5% gebildet. Dabei wurden nur Personen berücksichtigt, mit denen bereits eine konkrete Vereinbarung getroffen wurde. Für weitere Personen ergibt sich kein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Altersteilzeit.

Für Jubiläumzahlungen aus Anlass von Dienstjubiläen der Mitarbeiter wurde im Berichtsjahr eine **Jubiläumsrückstellung** in Anlehnung an § 6a EStG in Höhe der Teilwerte gebildet, wobei ein Abzinsungsfaktor von 5,5 v.H. zugrunde gelegt wurde.

Der Wertansatz der **sonstigen Rückstellungen** entspricht der voraussichtlichen Inanspruchnahme.

Die **anderen Verbindlichkeiten** sind mit den Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

Alle Verbindlichkeiten, die nicht verzinslich sind, wurden mit dem Nennwert oder dem höheren Rückzahlungsbetrag bewertet. Das steuerliche Abzinsungsgebot nach § 6 Abs. 1 Nr. 3 EStG wurde nur zur Ermittlung der Ertragsteuerbemessungsgrundlagen, nicht jedoch beim Wertansatz der Verbindlichkeiten berücksichtigt, da dies nach § 253 Abs. 1 S. 2 HGB unzulässig ist.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht im Rahmen des Versicherungsgeschäfts entstanden und für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestanden am Bilanzstichtag nicht.

## II. Nichtversicherungstechnische Angaben

### Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

#### Entwicklung der Aktivposten B, C. I. bis III. im Geschäftsjahr 2005

	Bilanzwerte Vorjahr Euro	Zugänge Euro	Umbuchungen Euro	Abgänge Euro	Währungskurs- anpassungen Euro	Zu- schreibungen Euro	Ab- schreibungen Euro	Bilanzwerte Geschäftsjahr Euro
B. Immaterielle Vermögensgegenstände								
1. sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	14.916,00	5.241,34	0,00	0,00	0,00	0,00	12.333,34	7.824,00
<b>2. Summe B.</b>	<b>14.916,00</b>	<b>5.241,34</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>12.333,34</b>	<b>7.824,00</b>
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen								
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>4. Summe C II.</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
C III. Sonstige Kapitalanlagen								
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	35.038.807,52	1.411.408,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	36.450.215,52
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Sonstige Ausleihungen								
a) Namensschuldverschreibungen	32.327.464,53	4.000.000,00	0,00	6.357.272,86	0,00	0,00	0,00	29.970.191,67
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	4.122.583,76	5.000.000,00	0,00	1.022.583,76	0,00	0,00	0,00	8.100.000,00
c) übrige Ausleihungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Einlagen bei Kreditinstituten	5.000.000,00	0,00	0,00	1.700.000,00	0,00	0,00	0,00	3.300.000,00
6. Andere Kapitalanlagen	16.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16.000,00
<b>7. Summe C III.</b>	<b>76.504.855,81</b>	<b>10.411.408,00</b>	<b>0,00</b>	<b>9.079.856,62</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>77.836.407,19</b>
<b>Summe C I. bis C III.</b>	<b>76.504.855,81</b>	<b>10.411.408,00</b>	<b>0,00</b>	<b>9.079.856,62</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>77.836.407,19</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>76.519.771,81</b>	<b>10.416.649,34</b>	<b>0,00</b>	<b>9.079.856,62</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>12.333,34</b>	<b>77.844.231,19</b>

Der Zeitwert der Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere beträgt zum 31.12.2005 38.452.287,25 € (Vorjahr: 35.847.729 €). Die Zeitwerte aller anderen Kapitalanlagen entsprechen den Buchwerten. Insgesamt besteht eine Bewertungsreserve von 2.002.071,73 € (Vorjahr: 808.921,48 €).

zur Bilanz, Aktiva

**E. Sonstige Vermögensgegenstände**

**III. Andere Vermögensgegenstände**

Die anderen Vermögensgegenstände setzen sich wie folgt zusammen (Angaben in EURO):

	2005	2004
a) Erstattungsanspruch Zinsabschlagsteuer und Solidaritätszuschlag 2005/2004	648.832,76	687.363,99
b) geleistete Anzahlungen	13.339,41	12.307,72
c) Aktivwert aus Rückdeckungsversicherungen	9.473,00	9.179,00
d) Reisekostenvorschüsse	6.000,00	6.000,00
e) Rückerstattungsansprüche aus Kautionszahlungen	751,78	751,78
f) Erstattungsanspruch aus Mietnebenkosten	3.600,80	2.387,88
g) antizipative Rechnungsabgrenzung, Gehaltsvorschuss	1.896,82	-,--
	<u>683.894,57</u>	<u>717.990,37</u>

## zur Bilanz, Passiva

A. Eigenkapital	EURO	EURO
<b>Gesamt</b>		<b>12.178.417,37</b>
<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>		
Das Grundkapital betrug am 1. 1. 2005	7.020.000,00	
Veränderungen im Geschäftsjahr	<u>          -,--</u>	
Stand am 31.12. 2005		<u>7.020.000,00</u>
<p>Das Grundkapital ist eingeteilt in 13.500 Stückaktien, die auf den Namen lauten. 6.240 Aktien sind voll eingezahlt, 7.260 Aktien sind teileingezahlt. Die ausstehenden Einlagen sind nicht eingefordert. Die ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG, Düsseldorf, die NOVA Allgemeine Versicherung AG, Hamburg und die SIGNAL Unfallversicherung a. G., Dortmund haben uns nach § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass Ihnen jeweils mehr als der vierte Teil der Aktien unserer Gesellschaft gehört.</p>		
<b>II. Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 HGB</b>		
Vortrag zum 1. 1. 2005	159.528,24	
Veränderungen im Geschäftsjahr	<u>          -,--</u>	
Stand am 31.12. 2005		<u>159.528,24</u>
<b>III. Gewinnrücklagen</b>		
1. Gesetzliche Rücklage (unverändert)		542.471,76
2. Andere Gewinnrücklagen		
Vortrag zum 1. 1. 2005	3.592.051,12	
Einstellungen der Hauptversammlung	-,--	
Einstellungen aus dem Ergebnis 2005	<u>          -,--</u>	
Stand am 31.12. 2005		<u>3.592.051,12</u>
		<u>4.134.522,88</u>
<b>IV. Bilanzgewinn</b>		
Bilanzgewinn am 31.12. 2004		2.140.686,29
Gewinnverwendung: - Dividendenausschüttung		-2.095.000,00
Gewinnverwendung: - Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		<u>          -,--</u>
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		45.686,29
Jahresüberschuss 2005		818.679,96
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		<u>          -,--</u>
Bilanzgewinn am 31.12. 2005		<u>864.366,25</u>

	2005 EURO	2004 EURO
<b>D. Andere Rückstellungen</b>		
<b>II. Sonstige Rückstellungen</b>		
Altersteilzeitverpflichtungen	252.415,00	276.295,00
Tantiemen	80.000,00	-, -
Prüfungskosten für den Jahresabschluss	61.900,00	61.950,00
Jahresabschlusskosten	40.000,00	40.000,00
Jubiläumsverpflichtungen	39.221,00	37.825,00
Aufsichtsratsvergütungen	12.020,00	12.025,00
Ausstehende Rechnungen	11.587,25	11.150,01
Berufsgenossenschaftsbeiträge	10.552,00	10.924,00
Urlaubsverpflichtungen gegenüber Mitarbeitern	<u>8.692,00</u>	<u>13.186,00</u>
	<u>516.387,25</u>	<u>463.355,01</u>

#### **E. Andere Verbindlichkeiten**

##### **II. Sonstige Verbindlichkeiten**

Gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, bestehen Verbindlichkeiten in Höhe von 93.051,68 € (Vorjahr: 169.988,86 €) aus Dienstleistungen und dem laufenden Verrechnungsverkehr aus der Schadenabwicklung.

### III. Allgemeine Angaben

#### Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen

(Beträge in EURO)	Geschäftsjahr	Vorjahr
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	6.884.086	6.859.438
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	16.084	44.096
3. Löhne und Gehälter	2.243.906	2.155.427
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	398.814	395.864
5. Aufwendungen für Altersversorgung	229.506	182.038
6. Aufwendungen insgesamt	9.772.396	9.636.863

#### Mitarbeiter

Wir haben im Geschäftsjahr 2005 durchschnittlich 48 Mitarbeiter beschäftigt (im Vorjahr: 46 Mitarbeiter). Zum 31.12.2005 waren 48 Personen Mitarbeiter der ALLRECHT Rechtsschutzversicherung AG

#### Aufteilung des Mitarbeiterbestandes

Bereich	Stand am 31.12. 2005	Stand am 31.12. 2004
Vorstandsbereich, Kulanzbearbeitung, Sonderaufgaben	6	5
Zentrale Dienste, Betriebsorganisation, EDV	8	8
Vertrieb	6	6
Kundenservice, Tarifikalkulation	9	8
Betriebsabteilung	16	16
Mahnabteilung, Buchhaltung	3	3
<b>Insgesamt</b>	<b>48</b>	<b>46</b>
Zusätzlich:		
Werkstudenten	1	-
Auszubildende	2	2
Aushilfen	3	3

Außerdem sind für unsere Gesellschaft Mitarbeiter anderer Unternehmen aufgrund der abgeschlossenen Dienstleistungsverträge tätig.

### Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge

2005	<b>245.435</b> Stück
2004	<b>250.027</b> Stück
2003	<b>252.953</b> Stück
2002	<b>250.711</b> Stück
2001	<b>249.964</b> Stück

Es handelt sich um im Inland akquirierte Verträge.

	Geschäftsjahr EURO	Vorjahr EURO
<b>Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb</b>	11.603.709	11.794.662
davon für:		
Abschluss von Versicherungsverträgen	2.865.950	2.868.319
Verwaltung von Versicherungsverträgen	8.737.759	8.926.343

Die **Mitglieder des Aufsichtsrates und Vorstandes** sind auf Seite 5 genannt. Die Bezüge des Aufsichtsrates beliefen sich auf 12.143,20 €. Die Bezüge des Vorstandes werden in Anwendung der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB nicht angegeben, da nur ein Vorstandsmitglied Bezüge von der ALLRECHT Rechtsschutzversicherung AG erhält. Die früheren Mitglieder des Vorstandes erhielten Gesamtbezüge in Höhe von 132.168,00 €. Für die ehemaligen Mitglieder des Vorstandes und ihre Hinterbliebenen sind Rückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 1.398.924,00 € gebildet.

Düsseldorf, den 29. März 2006

Der Vorstand

Werner Nicoll

Udo Steinhorst

### **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der ALLRECHT Rechtsschutzversicherung Aktiengesellschaft, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (insbesondere der §§ 341 ff. HGB und der RechVersV) und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 341k HGB i.V.m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 7. April 2006

PricewaterhouseCoopers  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Koch ppa. Volkmer  
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

---

## Bericht des Aufsichtsrates

Während des Geschäftsjahres hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung laufend überwacht. Dazu fanden zwei Aufsichtsratssitzungen statt. Grundlage der Überwachung waren die vom Vorstand vorgelegten Berichte und mündlichen Auskünfte. In den Sitzungen hat der Aufsichtsrat durch Beratung mit dem Vorstand Einfluss auf die künftige Geschäftspolitik genommen. Gegenstand der Beratungen waren die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft, der Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand und die Aufhebung des Ergebnisabführungsvertrages mit der ALLRECHT GbR.

Besondere Überwachungsmaßnahmen waren im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht erforderlich.

Der Aufsichtsrat ist der Auffassung, dass der Vorstand die Geschäfte rechtmäßig, ordnungsmäßig und zweckmäßig führt. Insbesondere kommt der Vorstand seiner Verpflichtung zur Sorge für den dauerhaften Bestand der Gesellschaft und deren langfristiger Rentabilität nach.

Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung vor, den Mitgliedern des Vorstandes Entlastung zu erteilen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinnes geprüft.

Im Rahmen der Prüfung wurde in die Bücher und Schriften der Gesellschaft Einsicht genommen. Die Prüfung wurde auf der Grundlage der regelmäßigen Vorstandsberichte, in denen schriftlich und mündlich über die Geschäftslage und über alle wichtigen Vorgänge unterrichtet wurde, sowie der handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften für Versicherungsunternehmen durchgeführt. Der Umfang der Prüfung des Jahresabschlusses erstreckte sich auch auf die durch den Vorstand ausgeübten Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte.

Die Prüfung führte zu dem folgenden Ergebnis:

Die Rechnungslegung des Vorstandes entspricht den gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Satzung. Der Lagebericht steht mit dem Jahresabschluß im Einklang. Der Gewinnverwendungsvorschlag auf Ausschüttung von 450.000,00 €, Einstellungen in die anderen Gewinnrücklagen von 400.000,00 € und Vortrag auf neue Rechnung von 14.366,25 € verletzt weder gesetzliche noch Satzungsbestimmungen.

Bilanzpolitische Ermessensentscheidungen wurden zum Wohle der Gesellschaft unter angemessener Berücksichtigung der Aktionärsinteressen ausgeübt. Stille Reserven wurden nicht in einem nicht zu vertretenden Umfang gebildet oder aufgelöst.

---

Die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 unter Einbeziehung der Buchhaltung und des Lageberichtes im Auftrage des Aufsichtsrates geprüft und einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Prüfungsbericht wurde dem Aufsichtsrat fristgerecht vorgelegt. Der Aufsichtsrat schließt sich nach dem Studium des Berichtes aufgrund der eigenen abschließenden Prüfung dem Urteil des Abschlußprüfers an. Bemerkungen zum Bericht des Abschlussprüfers sind nicht zu machen.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2005 wird gebilligt und ist damit festgestellt.

Düsseldorf, den 1. Juni 2006

Der Aufsichtsratsvorsitzende

Michael Johnigk

